

Thomas Straubhaar

Radikal gerecht. Wie das bedingungslose Grundeinkommen den Sozialstaat revolutioniert
edition Körber-Stiftung Hamburg 2017

248 Seiten, 17 Euro, E-Book 12,90

ISBN: 978-3-89684-194-0

Thomas Straubhaar ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und Leiter des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI). Er gilt als klassischer Liberaler und sein Modell eines Grundeinkommens wird oft als neoliberal par excellence beschrieben. Um es vorab zu sagen: Die erste Zuschreibung stimmt und wird auch von ihm selbst so angenommen, die zweite muss man sehr stark differenzieren. Das überrascht, waren doch seine früheren diesbezüglichen Vorschläge tatsächlich so etwas wie ein gesamtstaatliches Sparprogramm. In seinem neuen Buch betont er die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik bezüglich der genauen Modalitäten eines bedingungslosen Grundeinkommens und eröffnet damit Möglichkeiten für eben diese Diskussion. Zwar nimmt Straubhaar die linke und emanzipatorische Debatte der Grundeinkommensbewegung kaum zur Kenntnis und geht auch nicht auf sie ein. Aus dieser Sicht bleiben reichlich Widersprüche zu ihm bestehen, aber man wird ihn so wenig als einfach auf einer anderen Seite stehend verorten können wie früher schon Götz Werner.

Dabei widerspricht er diesem in dem absolut zentralen Punkt, nämlich dem Finanzierungsmodell. Beide sind sich einig darin, dass ein völliger Umbau des gesamten Steuersystems der Kern eines jeden Grundeinkommensmodells sein muss. Werner möchte bekanntlich die Umstellung auf eine reine Konsumsteuer. Aus Sicht eines Einzelhändlers stimmig argumentiert er, dass ohnehin alle Steuern letztlich von den Konsumentinnen und Konsumenten bezahlt würden, da alle anderen sie über die Preise innerhalb einer Kette von Käufen und Verkäufen dorthin verschieben. Ein solches Steuersystem hat die erkennbare soziale Schieflage, dass Menschen, die ihr gesamtes Geld für den Konsum benötigen, einen deutlich höheren Anteil ihres Einkommen für Steuern aufbringen müssen als andere; das heißt, diese Steuer wirkt regressiv. Der eher fortschrittliche Aspekt bei Werner ist, dass er für ein hohes Grundeinkommen plädiert, das viele Menschen materiell gegenüber dem heutigen Zustand deutlich besser stellen würde.

Straubhaar teilt die Kritik an der regressiven Wirkung von Konsumsteuern (zum Folgenden S. 150ff). Außerdem argumentiert er, dass schon heute die indirekten Steuern nur etwa 330 Milliarden Euro einbringen, für die Finanzierung eines Grundeinkommens plus sonstiger staatlicher Leistungen also so stark erhöht werden müssten, dass mit „Anpassungsreaktionen“ und „Umgehungsgeschäften“ zu rechnen sei. „Dazu gehören Schattenwirtschaft, Nachbarschaftshilfe, Naturaltausch, Tauschringe oder Regionalgeldsysteme“, die das Steueraufkommen allesamt verringern. Außerdem entstehe ein Teufelskreis, weil ja die Abwälzung der indirekten Steuern auf die KundInnen zu steigenden Preisen und damit zu einer Entwertung des Grundeinkommens führe. Würde es erhöht, stiege der Finanzbedarf und damit der Druck in Richtung weiterer Steuererhöhungen.

Zur Lösung des Problems schlägt Straubhaar eine Quellensteuer vor. Das ist ein Steuer auf Einkommen, die zwar der/die EinkommensbezieherIn schuldig ist, die aber schon von der „Quelle“ ans Finanzamt bezahlt wird, also von dem/derjenigen, der/die das Einkommen vergibt. Insofern wäre es das Verfahren, das bei Löhnen und Gehältern ohnehin angewandt wird, ausgedehnt auf alle steuerpflichtigen Einkommen. Neben dem Grundeinkommen, das alle steuerfrei erhalten, wird „zusätzliches Einkommen (also inklusive aller Kapitalertragseinkommen wie Zinsen, Dividenden oder ausgeschüttete Gewinne sowie Mieten, Tantiemen und Lizenzeinnahmen oder Erträge aus intellektuellen Einkommen wie Marken-, Vermarktungs- oder Buchrechte) an der Quelle erfasst und vom ersten bis zum letzten Euro mit einem einheitlichen und für alle Einkommen gleichbleibenden

Steuersatz belastet“ (S.99). Alle steuerlichen Ausnahmetatbestände entfallen, das bge wirkt wie ein Freibetrag.

Ein solches Grundeinkommen soll „alle steuer- und abgabenfinanzierten Sozialleistungen“ ersetzen (dazu und zum Folgenden S. 100ff). Das betrifft u. a. „gesetzliche Renten- und Arbeitslosenversicherung, ...Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Wohn- oder Kindergeld...Die Sozialversicherungen werden abgeschafft.“ Alle Transfereinkommen würden ja auch in anderen Grundeinkommensmodellen in diesem aufgehen, sodass, was marktradikal klingt, tatsächlich nur die Rente betrifft. Wer ein höheres Alterseinkommen will als das bge, müsste sich bei Straubhaar rechtzeitig privat versichern. Das ist angesichts der Kapitalmarktorientierung privater Rentensysteme ein Schritt in die falsche Richtung, aber diesen Ansatz teilen auch manche innerhalb der linken Grundeinkommensdebatte. Für die Krankenversicherung möchte der Autor entweder eine Versicherungspflicht, dann muss das Grundeinkommen „entsprechend erhöht werden“, oder eine öffentliche Lösung mit Versicherungsgutscheinen beziehungsweise einem staatlichen Gesundheitssystem. Tariflich oder betrieblich vereinbarte Zahlungen bleiben ebenso bestehen wie sozialpolitische Sonderbedarfsregelungen.

Als mögliche Höhe für ein Grundeinkommen bringt er 1000 Euro ins Gespräch, betont aber, dass dies letztlich eine Frage der politischen Festlegung sei (S. 126ff). „Ob viel oder wenig umverteilt werden soll, entscheidet einzig die Politik. Das Grundeinkommen kann beides umsetzen, sowohl eine starke wie eine schwache Umverteilungspolitik.“ (S. 181) Auch „die Wertschöpfung mit viel Technik und wenig Arbeitskraft“ könne, „sobald sie bei Arbeit und Maschinen oder Robotern zu Einkommen wird...als Grundlage der Besteuerung“ genommen werden, nicht wie bisher alleine die Arbeitskraft.

Das klingt auf den ersten Eindruck nicht nach einer herkömmlichen liberalen Argumentation und deshalb betont der Autor: „Liberale und wirtschaftsnahe Interessengruppen haben zu lange vernachlässigt, dass Unsicherheit Menschen lähmt und zu Widerstand gegen Veränderungen mobilisiert. Zu fest hat man daran geglaubt, dass Umverteilungspolitik unnötig wird, wenn nur Wirtschaft und Beschäftigung rasch genug wachsen.“ (S. 188)

Die soziale Grundausrüstung der Menschen erfährt also insgesamt mit Straubhaars Vorschlägen keine Verschlechterung. Auch sein Plädoyer für einen einheitlichen Steuersatz für die Einkommensteuer ändert daran nichts. Das zeigt ein Rechenbeispiel (S. 109). Nehmen wir an, das bge betrage 1000 Euro monatlich, i. e. 12 000 jährlich und der Hebesatz für die Quellensteuer betrage 50 Prozent vom Bruttoeinkommen. Erzielt eine Person keinerlei eigenes Einkommen, bezahlt sie auch keine Steuern. Wer 24 000 Euro eigenes Einkommen hat, schuldet 12 000 Euro Steuern, erhält zusätzlich das bge und hat am Ende 24 000 Euro Nettoeinkommen. Sein Nettosteuersatz beträgt also 0 Prozent. Bei 48 000 Bruttoeinkommen fallen 24 000 Steuern an, zusätzlich die 12 000 Euro Grundeinkommen macht 36 000 netto, also einen Steuersatz von 25 Prozent. Verdient jemand 72 000 Euro, muss er 36 000 Euro zahlen, erhält 12 000 bge und hat am Ende 48 000, also einen Steuersatz von 33 Prozent. Je höher das Bruttoeinkommen wird, desto mehr nähert sich der Nettosteuersatz dem Hebesatz von 50 Prozent, sodass Straubhaar resümiert: „Das BGE ist ein progressives Steuersystem. Und progressive Steuern gelten als gerechte Steuern.“ (S. 175)

Man muss nicht allem folgen, was der Autor darlegt. Insbesondere bei seiner Kritik am bestehenden Sozialstaat scheint sein Blick verkürzt. Es ist sicher richtig, dass die Finanzierung der Sozialsysteme allein aus einem Teil der Einkommen der unselbstständig Beschäftigten ungerecht ist und nicht zukunftsfähig. Warum aber die jenseits des Marktes auf direkte Lebenschancen orientierte Sozialversicherungslogik aufgegeben werden sollte, vermag er nicht zu begründen. Eine für alle verpflichtende Bürgerversicherung, für die alle Einkommen in voller Höhe beitragspflichtig wären,

so wie die Attac AG genug für alle sie vorschlägt, entspräche derselben Finanzierungslogik wie Straubhaars Quellensteuer. Sie hätte aber durch die Zweckbestimmung der Beiträge den Vorteil, dass sie nicht jährlich dem Risiko der Kürzung in den Haushaltsberatungen unterworfen wäre. Obendrein verhindert die Umlagefinanzierung der heutigen Sozialversicherungen, dass die Beiträge den Risiken des Kapitalmarktes ausgesetzt werden. Auch der Bezug auf die Demografie ist eher Kaffeesatzleserei als seriöse Argumentation und selbstverständlich fehlt ein materialistischer Begriff von Kategorien wie „Wertschöpfung“.

Dennoch ist es bemerkenswert, dass Straubhaar durchgängig den Dreiklang von (grundsätzlich) „liberal“, (sozial) „gerecht“ und (ökonomisch) „effektiv“ anwendet, um seine Vorschläge zu begründen. Damit verweigert er sich rein neoliberalen Ansätzen und muss auch in der linken Debatte ernst genommen werden.